

Schweiz

KMU im Visier von Cybercrime

BERN. Die Angriffe auf kleine und mittlere Unternehmen via Internet nehmen gemäss neusten Informationen des Bundes zu. Nun fordern Politiker und Experten ein neues Gesetz dagegen. Doch die Forderung erfährt, noch kaum ausgedacht, bereits Widerstand.

Marcello Odermatt

Immer mehr sind in der Schweiz nicht nur Banken und kritische Infrastrukturen wie Stromwerke und -netze Opfer von Hackerangriffen und kriminellen Attacken aus dem Internet, sondern zunehmend kleine und mittlere Unternehmen, die KMU. Dies ist ein zentraler Befund des neusten Berichts der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani), der Ende Monat veröffentlicht wird. «Wir stellen die Tendenz fest, dass vermehrt KMU angegriffen werden», sagt Pascal Lamia, Leiter von Melani, einer Stelle des Bundes. Offenbar seien solche Betriebe, etwa Forschungsfirmen, interessant. Oft gehe es um sensible Geschäftsdaten, die sich im In- und Ausland verkaufen liessen. Das Problem dabei sei oft, dass die Betriebe den Angriff nicht oder zu spät bemerkten. «Viele Systeme sind zu ungeschützt», sagt Lamia.

Der neuste Befund von Melani ist ein weiterer Schritt einer Entwicklung, die sich seit einigen Jahren abzeichnet. «Die Möglichkeiten, den Cyberspace für kriminelle, nachrichtendienstliche, terroristische, militärische Zwecke zu missbrauchen, sind fast unbegrenzt. Es reicht von alltäglichem, relativ harmlosem Vandalismus im Cyberspace über Spionage bis hin zu terroristisch motivierten Angriffen mit potenziell gravierenden Auswirkungen», stellte im letzten Jahr auch der Bundesrat fest.

Seit Jahren bereits fordern Experten und Politiker nicht nur eine bessere Koordination im Kampf gegen Internetkriminalität, sondern auch aktuellere Gesetze. Der Bund hat im letzten Jahr eine Projektgruppe installiert, die bis Ende 2011 die Situation analysieren soll. Dass Handlungsbedarf besteht, steht für Lamia schon heute fest: Angriffe könnten verhindert werden, wenn Betroffene sensibilisiert seien und regelmässig etwa aktuelle Antivirenprogramme und Firewalls installierten.

Gesetz für die «Datenautobahn»

Eine Idee, wie dies erreicht werden kann, hat etwa die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. In einem Vorstoss, den sie in der letzten Session eingereicht hat, fordert sie ein «Strassenverkehrsnetz für die Datenautobahn»: Die Informations- und Kommunikationstechnologie sei unabdingbar geworden. Gleichzeitig gingen davon «erhebliche Bedrohungen» aus. Die heutige Datenautobahn habe daher jene Bedeutung «wie sie 1958 das Strassennetz gehabt» habe, sagt Schmid-Federer. Also brauche es analog zum Strassenverkehrsgesetz ein neues Grundlagengesetz für das Internet.

Was dieses genau regeln soll, lässt Schmid-Federer offen. Sie denkt aber an Minimalforderungen, die ein Internetanbieter zu erfüllen hat, oder an minimale Informationssicherheitsanforderungen an Firmen. Konkret schwebt ihr vor, den Firmen gewisse Sicherheitsmassnahmen gar vorzuschreiben. Auch zieht sie in Erwägung, bestimmte Hardware-Komponenten gar unter gewisse Zulassungskriterien zu stellen.

Melani-Chef Lamia findet die Idee «grundsätzlich gut», weil überhaupt eine Diskussion angestossen wird. Immerhin werde auch für Strassen vorgegeben, wie schnell man fahren dürfe. «Beim Internet hingegen ist nichts definiert.» Support erhält die Idee vom 2006 gegründeten Schweizer Polizei-Informatik-Kongress (Spik), ein nicht offizielles aber politisch und polizeilich abgestütztes Organ für den Erfahrungsaustausch in den Themen Polizeiinformatik und Bekämpfung von Cybercrime. Mark Saxer, Leiter von Spik, sagt: «Heute spielt die Musik im Cybercrime.» Daher sei es «bedenkenswert», Grundlagen zu schaffen, an die man sich halten soll. Es sei sinnvoll, so Lamia, wenn auch die Bürger und KMU «in die Pflicht» genommen würden.

Gewerbeverband: «Absurd»

Allerdings ist den Experten klar, dass ein solches Gesetz umstritten sein wird. Immerhin schreibe es den Bürgern vor, was sie tun sollen, sagt Lamia. Saxer will denn auch keine «Überreglementierung». Aber ohne Vorschriften seien Firmen den Internetattacken zu stark ausgeliefert. Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands sieht dies denn auch anders. Er bestreitet das Problem mit der Internetkriminalität zwar nicht: «Der Melani-Befund überrascht mich nicht angesichts der ohnehin schon vielen kriminellen Angriffe, die KMU ausgesetzt sind.» Ein neues Gesetz hingegen sei «absurd». Die Eigenverantwortung der Firmen sei gefragt und keine von Beamten definierten Regulierungen, die der technologischen Entwicklung ohnehin stets hinterherhinkten.